Schule ohne Rassismus
Schule mit Courage

Der Präventionsansatz von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Sanem Kleff

Baustein 1

Impressum

© Aktion Courage e.V.
Berlin, 2016

Erste Auflage 2016

Herausgegeben durch die Bundeskoordination
Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage,
in der Trägerschaft des Aktion Courage e.V.

Jede Verwertung ist ohne Zustimmung von Aktion Courage e.V. unzulässig.
Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen,
Übersetzungen, und die Einspeicherung in elektronische Systeme.

ISBN 978-3-9333247-63-6

Sanem Kleff, geb. 1955 in Ankara, ist Vorsitzende von Aktion Courage e.V. und seit 2000 Leiterin von *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*. Zwischen 1960 und 1970 lebte sie in Deutschland, zwischen 1970 und 1980 in der Türkei. Die Germanistin und Kunstpädagogin arbeitete 25 Jahre als Lehrerin an Berliner Hauptschulen. Gleichzeitig war sie als Dozentin in der Lehrerfortbildung und Lehrerweiterbildung in den Bereichen Deutsch als Zweitsprache, Interkulturelle Pädagogik und Rechtsextremismus tätig.

~

Die *Bausteine* sind eine neue Publikationsreihe von Aktion Courage. In den Texten werden pädagogische und gesellschaftspolitische Aspekte diskutiert, wie eine dem Schutz der Würde aller Menschen verpflichtete Schule verwirklicht werden kann. In der Reihe werden WissenschaftlerInnen, PädagogInnen und Publizisten zu Wort kommen.

Inhalt

Lernziel Gleichwertigkeit 1
Kinder und Jugendliche Partizipieren 4
Hindernisse Umschiffen und Abbauen 10
...und die Opfer von Diskriminierung? 14
Systemischer Ansatz und Ganzheitlicher Blick 16
Ziele und Grenzen der Prävention 22
Multidimensionaler Präventionsansatz 24
Gewaltprävention 26
Interkulturelle Kompetenzen Stärken 28
Kommunikationskompetenzen Fördern 32
Demokratie- und Menschenrechtsbildung 35

Alle Menschen sind gleichwertig, die Menschenrechte sind unteilbar. Und Artikel 1 des Grundgesetzes lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar." Die Realität sieht anders aus: Einstellungen, die davon ausgehen, dass manche Menschen aufgrund von Eigenschaften wie ihrer Herkunft, Religion, Hautfarbe, ihrer körperlichen Fähigkeiten und geistigen Verfasstheit oder aufgrund der sexuellen Orientierung, ihres Geschlechts oder sozialen Status mehr wert seien als andere, sind weit verbreitet. Die auf diesen Weltbildern basierenden Ideologien der Ungleichwertigkeit wie Rassismus, Homophobie, Antisemitismus oder Frauenfeindlichkeit dienen der Legitimation von Diskriminierung und Unterdrückung von Gruppen.

Lernziel Gleichwertigkeit

Da sich keine gesellschaftliche Institution vom realen Leben abkoppeln kann, macht die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie Ideologien der Ungleichwertigkeit in der wissenschaftlichen Diskussion auch genannt werden, vor den Toren der Schulen nicht halt. Ungleichheitsdenken findet sich institutionell wie kulturell auch in jener Einrichtung wieder, die in Deutschland alle Kinder und Jugendlichen auf Grund der Schulpflicht zwangsläufig durchlaufen müssen.

In der Schule werden für die Kinder und Jugendlichen Weichen für das weitere berufliche Leben gestellt, aber auch ihre Lebenseinstellungen geprägt. Die Schuljahre mit ihren positiven und negativen Erfahrungen, ihren Informationen und Debatten über Werte, Traditionen und Ideologien bestimmen nicht nur die Kindheit und Jugend, sondern wirken im Erwachsenenleben fort. Die Schule ist der geeignete Ort, um demokratische Werte, soziale Verantwortung und Zivilcourage

zu fördern und Ideologien der Ungleichwertigkeit präventiv und dauerhaft wirksam entgegenzuwirken.

Aus diesem Grund konzentriert sich das Netzwerk Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage bei seinem Präventionsansatz und seinen vielfältigen Aktivitäten auf diese Institution. Das Courage-Netzwerk ermuntert Schulen, sich den großen Herausforderungen und Problemen einer Einwanderungsgesellschaft zu stellen. Unter dem Motto „Lernziel Gleichwertigkeit" unterstützt das Netzwerk Schulen bei ihren Bemühungen, den Kindern und Jugendlichen das in Artikel 1 des Grundgesetzes festgehaltene Menschen- und Gesellschaftsbild überzeugend zu vermitteln.

Die Chance, über eine in diesem Sinne „gute Schule" die Gesellschaft positiv zu prägen, wird in der Praxis nur unzureichend genutzt. Soziales Lernen wird häufig als nachrangiges Anliegen der Schule betrachtet und damit abgewertet. Präventive Maßnahmen gegen menschenverachtende Ideologien werden nur an wenigen Standorten, eher unsystematisch und in experimentellen Anordnungen umgesetzt. Selten sind sie fester Bestandteil des Regelunterrichts; meist müssen die notwendigen zusätzlichen Zeitfenster mühsam erkämpft werden.

In Deutschland gibt es keine einheitlichen Vorgaben für die Schulen, die Verantwortung liegt bei den Bundesländern. Auch die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz (KMK) sind nicht verbindlich, bilden aber für die Courage-Schulen einen bundesweit relevanten Bezugspunkt. In allen Landesverfassungen und Schulgesetzen ist die Demokratieerziehung als Kernbereich des Bildungs- und Erziehungsauftrages festgelegt und soll alle Felder schulischen Handelns erfassen. Die KMK betont: „Die Menschenrechte werden nicht nur durch staatliches Handeln verwirklicht, sondern maßgeblich durch die

Haltung und das Engagement jedes Einzelnen. Hierzu muss die Schule durch eine entsprechende Persönlichkeitsbildung einen maßgeblichen Beitrag leisten."[1]

Ganz in diesem Sinne unterstützt Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage die Bildungseinrichtungen bei ihren entsprechenden Bemühungen. Der Ansatz vertraut dabei auf die Wirksamkeit der Freiwilligkeit und die Bereitschaft zum Engagement aller Schulmitglieder. Ziel ist es, Schülerinnen und Schülern dazu zu befähigen, gewaltfreie und den Menschenrechten verpflichtete Problemlösungskompetenzen im Umgang mit divergierenden Interessen in einer offenen Gesellschaft zu entwickeln. Dies gelingt besonders dann erfolgreich, wenn die zentralen Akteure des Netzwerks effektiv zusammenwirken. Das heißt, wenn die Aktiven an den Schulen im produktiven Austausch untereinander und mit den Regional- und Landeskoordinierungsstellen stehen, welche wiederum die vielfältigen Fachkompetenzen der außerschulischen Kooperationspartner von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage für die Schulen praktisch nutzbar machen.

Gemeinsam entwickeln sie kreative Ideen, beeindruckende, mitunter auch spektakuläre Aktionen und öffentlichkeitswirksame Projekte. Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage will aber mehr als medienwirksame Strohfeuer entfachen: es will eine diskriminierungsfreie Schulkultur, es will Dauerhaftigkeit im Engagement, es will den Klimawechsel an der Schule. Diesem Idealbild können Schulen nicht im Hauruckverfahren nahe kommen, sondern nur schrittweise mit nachhaltigen Konzepten und in ausreichenden Zeiträumen. Der Titel *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* ist deshalb auch kein Preis für eine besonders gelungene Aktion, keine Auszeichnung und schon gar kein Zertifikat, das bescheinigt,

dass es an einer Schule keinen Rassismus mehr gibt. Der Titel ist vielmehr eine Selbstverpflichtung und ein Versprechen der Schulgemeinschaft, sich aktiv gegen alle Ideologien der Ungleichwertigkeit einzusetzen und Diskriminierung nicht hinzunehmen, wenn sie denn auftritt. Gleichzeitig symbolisiert der Titel die Zugehörigkeit zum Courage-Netzwerk, das aus Koordinierungsstellen und Kooperationspartnern besteht und die Aktivitäten der Schulen unterstützt und begleitet. Das Label *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* bildet einen Rahmen, der die Schulen langfristig motiviert und laufend an das Leitbild erinnert. Über mehrere Schuljahre hinweg entwickeln PädagogInnen und SchülerInnen gemeinsam praktische Konsequenzen daraus und verankern diese in ihren Organisations- und Mitwirkungsstrukturen. Im Ergebnis entsteht ein maßgeschneidertes, einzigartiges Courage-Schulprofil, das passgenau auf die lokalen Bedürfnisse und Rahmenbedingungen zugeschnitten ist.

Kinder und Jugendliche partizipieren

Üblicherweise werden in keiner Phase der komplexen Prozesse und Verfahren von Schulprofilentwicklung SchülerInnen einbezogen, sondern als passive Zielgruppe betrachtet. Bei Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ist dies anders: hier sind nicht allein die politisch Verantwortlichen, die ExpertInnen aus der Wissenschaft und die LehrerInnen an der Schulentwicklung beteiligt, sondern auch die Schülerinnen und Schüler. An den Courage-Schulen sind sie nicht nur die Nutznießer, sondern auch aktive Mitgestalter der Schulkultur und ExpertInnen der Qualitätsentwicklung auf dem Weg zu einer guten Schule für alle.

© Picture Alliance / Westend61

Kinder und Jugendliche wollen am gesellschaftspolitischen Leben teilhaben, ihr Umfeld mitgestalten und mitbestimmen. Jugendliche haben das Bedürfnis – wenn man sie lässt – sich eigene Standpunkte zu grundlegenden Werten, individuellen Freiheiten und Pflichten in einer Gesellschaft zu erarbeiten. Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage bietet ihnen eine Plattform, um erste Schritte zur Partizipation einzuüben, Diskriminierungen und menschenverachtenden Ideologien Argumente entgegenzusetzen, zu zeigen, dass Begriffe wie Respekt, Gleichberechtigung, Solidarität keine leeren Worthülsen, sondern wichtig für ein friedliches Zusammenleben sind. Mit ihren Ideen, Projekten und Aktionen gestalten Kinder und Jugendliche das Schulklima auf allen Ebenen mit.

Bezogen auf die Handlungsansätze von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage bedeutet dies in der Auseinandersetzung mit Diskriminierungen und Ideologien der Ungleichwertigkeit, partizipative Strukturen und Methoden zu fördern. Dabei sind SchülerInnen aller Altersstufen in die Prozesse gleichermaßen einbezogen. Partizipation ist in diesem Verständnis kein einmaliges Ereignis, das abhängig von der Gnade der Erwachsenen ist, sondern ein kontinuierlicher, verbindlicher Prozess.

Es geht also nicht um das Gewähren von Mitsprache nach Belieben, sondern um verbriefte Rechte. In „Kinder haben ein Recht auf Partizipation“ schreibt das Deutsche Institut für Menschenrechte: „Schule und außerschulische Lernorte sind zentrale Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen. Deshalb ist die Verwirklichung des Rechts von Kindern und Jugendlichen auf Partizipation gerade hier so wichtig. Im Bildungskontext wird Partizipation häufig als Mittel zum Zweck, etwa zur Einübung demokratischer Entscheidungsprozesse, verstanden. Aus menschenrechtlicher Perspektive ist ein

solches Verständnis jedoch ungenügend: Partizipation ist ein eigenständiges Recht von Kindern und Jugendlichen, das in der UN-Kinderrechtskonvention verankert ist und als Grundprinzip bei der Umsetzung aller Kinderrechte berücksichtigt werden muss."[2]

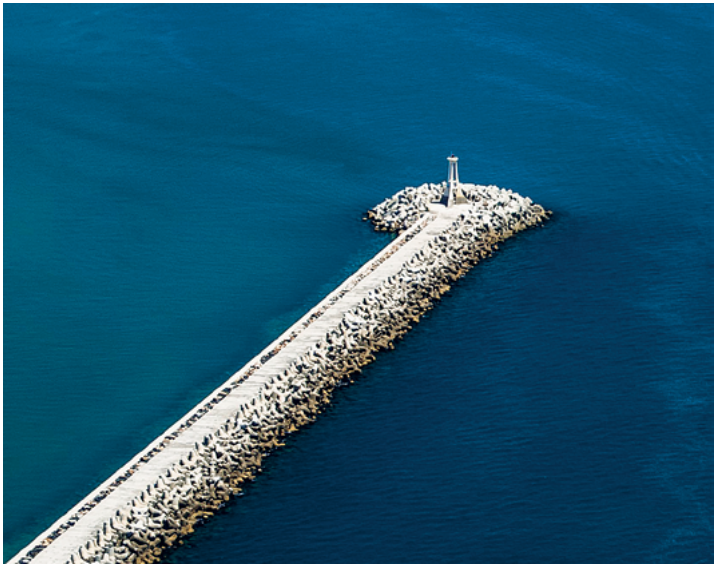
Eine Fülle von guten Praxisbeispielen zeigt Möglichkeiten, wie das Recht auf Mitwirkung von SchülerInnen gestärkt werden kann. Ein erster Schritt ist, dass sie ihre Mitbestimmungsrechte sowie die Arbeitsweise der bestehenden schulischen Gremien kennen und aktiv nutzen. Sind sie erst einmal motiviert, können sie weitere Beteiligungsformen wie Klassenräte, Schulparlamente und vieles mehr entwickeln. Kinder und Jugendliche werden so zur Verantwortungsübernahme auf allen Ebenen ermuntert und befähigt.

Um ihre Interessen, weit über die Schulgremien hinaus, erfolgreich vertreten zu können, benötigen sie nicht nur fundiertes Sachwissen und aktuelle Informationen. Sie brauchen auch Gelegenheiten, sich zu qualifizieren und ihre individuellen Kompetenzen zu entwickeln. Einige der Schlüsselkompetenzen sind Moderation, Präsentation und manchmal auch die Überwindung der Angst, vor vielen Menschen zu sprechen. Schulinterne Maßnahmen zum Empowerment der SchülerInnen und der PädagogInnen, die sie ermutigen, ihre eigenen Interessen in der Gruppe zu vertreten, sind deshalb ein wesentlicher Baustein des angestrebten Schulprofils. Seminare, Peers und Mentoren vermitteln Wissen, machen Mut und zeigen auf, wie sie ihren Lebensweg selbstbestimmt gestalten können.

Kinder und Jugendliche brauchen bei aller Eigeninitiative und allem Engagement professionelle Unterstützung. Nur wenn die Erwachsenen notwendige finanzielle und personelle

Ressourcen zur Verfügung stellen und gute Rahmenbedingungen schaffen, können SchülerInnen im Alltag vielfältige Handlungsstrategien und Kompetenzen praktisch einüben und in allen Lebensbereichen für die Achtung der Menschenrechte eintreten. Schließlich reicht es nicht, einfach nur zu erklären, gegen menschenfeindliche Ideologien zu sein und dies mit dem Courage-Schild am Schulgebäude öffentlich zu demonstrieren. Vielmehr geht es darum, ausgehend von einer kritischen Bestandsaufnahme, praktikable Lösungen zu entwickeln und für die eigene Schule maßgeschneidert Wege zu finden, um im Alltag ein diskriminierungsfreies Miteinander zu fördern. Um all dies leisten zu können, benötigen die SchülerInnen kognitives wie auch psychisches Rüstzeug, das sie befähigt, sowohl erfolgreich die Zugriffe von Gruppen abzuwehren, welche die Abwertung von Menschengruppen propagieren und sie geschickt als potenzielle Mitstreiter multimedial umwerben, als auch ihre eigenen Standpunkte zu kennen und überzeugend zu vertreten.

Bei der Ausgestaltung der Schulkultur orientieren sich die SchülerInnen an demokratischen Werten. Es stärkt ihre Argumentationsfähigkeit, wenn sie sich dabei immer wieder sowohl mit Gleichaltrigen als auch mit Erwachsenen über die Frage austauschen: Wie wollen wir zusammenleben? Die Antworten fallen sehr unterschiedlich aus. Diversität und Kontroversität sind nicht einfach auszuhalten, Kompromisse und einvernehmliche Lösungen müssen mühsam erarbeitet werden. In einem kontinuierlichen Aushandlungsprozess geht die gegenseitige Achtung von individuellen Eigenheiten untrennbar einher mit der konsequenten Durchsetzung und Akzeptanz der Normen und Regeln, die für alle Schulmitglieder verbindlich sind. Gemeinsam werden diese definiert,



© Picture Alliance / ZB / euroluftbild

laufend auf ihre Sinnhaftigkeit hin überprüft und wenn nötig, auch geändert.

Hindernisse umschiffen und abbauen

Seit Jahren setzen sich vielerorts engagierte Kollegien, Schulleitungen, ExpertInnen und SchülerInnen für eine Schulkultur ein, die dem Leitbild einer Courage-Schule entspricht. Oft genug bleiben ihre Bemühungen erfolglos, weil viele Hindernisse einer fundierten Menschenrechtserziehung im Wege stehen. Auch eine Reihe struktureller Defizite der Institution Schule selbst wirkt hinderlich. Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage unterstützt die schulischen und außerschulischen Akteure dabei, derartige Hürden zu überwinden und sie gemeinsam abzubauen.

So manche schulischen Defizite sind auf einen kontraproduktiven gesellschaftlichen Auftrag an die Schule zurückzuführen. Beispielsweise wenn bildungspolitische Entscheidungen an Schulen gezielt segregierende Mechanismen und nicht ihre Fähigkeiten zur Inklusion fördern. Oder der kontinuierlich steigende Konkurrenz- und Prüfungsdruck im Bildungssystem. Er lässt den Stellenwert sozialen Lernens und politischer Bildung leicht in den Hintergrund treten und ist ein wesentliches Hindernis auf dem Wege zu einer inklusiven Schulkultur. Legitimiert wird all dies durch einen konstruierten Scheinwiderspruch zwischen der Vermittlung kognitiver Inhalte und sozialer Kompetenzen.

Wird obendrein die Schulzeit immer weiter verkürzt, reicht die Unterrichtszeit gerade noch für die Pflichtfächer. So werden in den Stundendeputaten notwendige personelle und zeitliche Ressourcen für soziales Lernen tendenziell eher reduziert

statt ausgebaut. Allerorten fehlen Zeit und Personal für den persönlichen Austausch und die Entwicklung funktionierender Kommunikationsbeziehungen unter den Schulmitgliedern. Es mangelt an interpersoneller Kommunikation, ein intensiver, kontroverser Austausch von Meinungen, Haltungen und Wertvorstellungen kommt zu kurz. Schließlich entsteht ein gefährlicher Graben zwischen den PädagogInnen und den SchülerInnen. Eine Vertrauensatmosphäre, Voraussetzung für einen positiven emotionalen Zugang zu den SchülerInnen, kann sich so nur schwer entwickeln.

Diese kontraproduktive Distanz zwischen den schulischen Akteuren wird zusätzlich vergrößert, wenn PädagogInnen wenig über den Alltag und die außerschulischen Einflüsse auf das Denken ihrer SchülerInnen wissen. Zum Beispiel verhindern fehlende Sprach- und/oder Medienkompetenzen einen direkten Zugang zu den von den Kindern und Jugendlichen genutzten Informationsquellen: die Einen nutzen täglich arabisch-, russisch-, oder türkischsprachige Internetseiten, die Anderen wissen nicht einmal von der Existenz dieser Blogs und Livestreams.

Die Zusammensetzung des Schulpersonals wird durch die Schulaufsicht bestimmt, ohne dass dabei die Eltern, das Kollegium oder gar die Schülerschaft ein Mitspracherecht hätten. Im Ergebnis kann die Zusammensetzung des Kollegiums ein Profil aufweisen, das sehr stark von dem der SchülerInnen abweicht. Dies ist besonders stark der Fall an Schulen mit einem hohen Anteil von SchülerInnen mit Migrationshintergrund und aus finanziell oder sozial schwachen Familien. Das Ergebnis: Im Kollegium sind nur Erwachsene, AkademikerInnen mit gutem Einkommen aus der Mehrheitsgesellschaft, in der Schülerschaft mehrheitlich Kinder und Jugendliche

nichtdeutscher Erstsprache aus sozial schwachen Familien mit Migrationshintergrund. Ihre in vieler Hinsicht unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten berühren sich kaum.

Je mehr Differenzen zwischen den Eigenschaften der schulischen Akteursgruppen hinzukommen, wie Alter, Geschlecht oder Religion, umso größer ist das Konfliktpotential. Und umso schneller wird dann von allen Gruppen ein „Wir" und „Ihr" konstruiert und ein Miteinander erschwert. Der Schritt, gezielt die Eigengruppe aufzuwerten und sich von „den Anderen", „den Fremden" abzuwenden, ist dann nicht weit. Die daraus entstehenden konfrontativen Problemlagen führen nicht nur bei den SchülerInnen zu Frustrationen, Wut und manchmal auch zu Gewalt, sondern auch bei den PädagogInnen; die Erwachsenen zeigen ihre Gefühle nur nicht so offen. Schließlich sind sie aber verunsichert bezüglich ihrer eigenen Haltungen und Wertmaßstäbe. Dabei erfordert aber die Etablierung eines präventiven Handlungskonzepts gerade von den PädagogInnen eine besonders hohe Kommunikationskompetenz, Handlungssicherheit und Souveränität.

Im schlimmsten Falle können PädagogInnen selbst kontraproduktiv auf die Entwicklung eines an den Menschenrechten orientierten Schulklimas wirken. Dies kann auf vielfältige Weise geschehen, zum Beispiel durch konsequentes Wegschauen bei gewalttätigen Konflikten. Oder wenn sie zum Beispiel den Islamismus als kulturspezifische Tradition missdeuten oder als authentischen Ausdruck von Religion kommentarlos hinnehmen, anstatt ihn als gefährliche politische Option zu erkennen. In anderen Fällen können LehrerInnen Teilaspekte totalitärer Ideologien begrüßen, wenn sie die kapitalismuskritische und ökologische Grundhaltung oder die Kritik des Rechtsextremismus an parlamentarischen Gremien

© Picture Alliance / chromarange / Günther Essbach

teilen und deshalb solchen Einstellungen keine glaubwürdigen Gegenargumente entgegensetzen.

Obwohl die Vermittlung von Wissen und die konsequente Orientierung an den universellen Menschenrechten bei der Entwicklung gemeinsamer Werte ein Kernauftrag der Schule ist, werden Lehrerinnen und Lehrer bislang während ihrer Ausbildung nicht ausreichend für diese komplexen pädagogischen Herausforderungen qualifiziert. Ein Grund mehr, sich im Schulalltag Unterstützung von außerschulischen ExpertInnen zu holen. Hier können die mehreren hundert außerschulischen Kooperationspartner des Courage-Netzwerkes mit ihren thematisch breit gefächerten Qualifizierungsangeboten gut unterstützen. Die Forderung nach der „Öffnung von Schule" bleibt im Courage-Netzwerk kein Wunschbild, sondern wird gezielt gefördert.

...und die Opfer von Diskriminierung?

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage schärft die Wahrnehmung aller Formen von Diskriminierung und fördert die Handlungskompetenz der Schulmitglieder, dagegen zu wirken. Besonders aufmerksam richtet sich der Blick auf die personelle wie auch strukturell-institutionelle Diskriminierung an Schulen.

Schulen sind auch Orte der Diskriminierung und Gewalt. Dabei kann jeder gegen jeden stehen: der Schüler schlägt Schüler, der Lehrer diskriminiert die Schülerin und der Schulleiter mobbt die Sozialpädagogin. Jeder Mensch kann Opfer von Diskriminierung werden, aber auch zum Täter. Es kommt immer auf die Machtverhältnisse an. In der Praxis prangern Courage-Aktive zum Beispiel rassistische Inhalte in ihren

Schulbüchern an oder problematisieren, dass an ihrer Schule Schülerinnen mit Kopftuch oder homosexuelle Schüler diskriminiert werden. Gerade durch die offene Problematisierung von Diskriminierungen entstehen lebensnahe, produktive Aushandlungsprozesse und gute Lösungen.

Die Notwendigkeit des Eingreifens in Fällen von Diskriminierungen und Gewalt steht außer Frage. Deshalb sind schulische Interventionsstrategien neben den präventiven Zielen ein wichtiges Handlungsfeld des Courage-Netzwerks. Diese intensive, von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage oft auch öffentlich geführte Auseinandersetzung mit Diskriminierungsfällen führt dazu, dass die Landes- und Regionalkoordinierungsstellen täglich Anrufe und Mails von Eltern, SchülerInnen aber auch PädagogInnen erhalten, die als Opfer von Diskriminierung oder Gewalt Beratung und Unterstützung suchen.

Die Koordinierungsstellen von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage im Bund, den Ländern und den Regionen sind keine Beschwerdestellen, die Einzelfälle dokumentieren, wie etwa die Antidiskriminierungsstellen des Bundes und der Länder. Sie sind auch keine Institutionen, die Opfer von Gewalt und Diskriminierung individuell unterstützen, wie etwa die Opferberatungsstellen. Und sie sind keine Anlaufstellen, die Betroffene über ihre Rechte aufklären, wie etwa gewerkschaftliche Rechtsberatungsstellen. All das ist nicht Auftrag der Koordinierungsstellen. Das heißt allerdings nicht, dass sie bei Diskriminierungsfällen untätig bleiben. Vielmehr informieren sie die Opfer über die zuständigen Einrichtungen und leiten die Anliegen der Betroffenen an die entsprechenden Fachstellen weiter. Dies wiederum macht den Bedarf an derartigen unterstützenden Einrichtungen wie zum Beispiel

die Etablierung von Beschwerdestellen in Bildungseinrichtungen deutlich. Handelt es sich um einen Vorfall an einer Schule aus dem Courage-Netzwerk, dann ist dies Anlass für die Koordinatinierungsstelle, sich an diese Schule zu wenden und mit ihr gemeinsam eine angemessene Form zu finden, sich damit auseinander zu setzen. Dabei ist wichtig zu wissen: Die Koordinierungsstellen auf Landes- und Regionalebene, sind keine unmittelbaren Anbieter der Inhalte und des Know-how, welche für die Umsetzung selbstbestimmter Aktionen oder für die Qualifizierung der Aktiven notwendig sind, sondern sie nehmen die Anliegen der Schulen auf und koordinieren die Bedürfnisse der Aktiven mit den Angeboten der außerschulischen ExpertInnen, vermitteln deren Teamer und Materialien. Dieses standortnahe Unterstützersystem fördert die Bereitschaft und Kompetenz der Schule, sich nach außen zu öffnen und setzt produktive, innerschulische Dynamiken in Gang.

Systemischer Ansatz und ganzheitlicher Blick

Die Handlungsgrundlage von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage basiert auf einem systemischen Ansatz und einem ganzheitlichen Blick auf die Schule, ihre Organisations- und Entscheidungsstrukturen, auf externe Vorgaben und Rahmenbedingungen, vor allem aber auf ihre Akteursgruppen, deren Interaktion untereinander sowie mit weiteren Akteuren außerhalb der Schule.

Ausgangsthese des systemischen Ansatzes ist, dass eine Institution wie die Schule ein komplexes System ist, in dem die dominierenden Dynamiken und Mechanismen sich nach einer von zwei Optionen richten und entweder grundsätzlich einen inkludierenden oder einen exkludierenden Charakter

© Picture Alliance / ZB / euroluftbild

aufweisen. Zugespitzt formuliert liegt der „Leitkultur" der Schule, bewusst oder unbewusst, entweder die Annahme zugrunde, dass alle Menschen gleichwertig sind – oder die Akzeptanz oder gar Förderung von Thesen, die von der Ungleichwertigkeit von Menschen ausgehen.

Alle Ideologien der Ungleichwertigkeit basieren auf nahezu identischen Mechanismen. In ihren wesentlichen Grundzügen wie auch in ihrer Wirkung haben sie, bei allen Unterschieden im Detail bezüglich der Zielgruppen, der historischen Hintergründe oder ihrer Alltagsrelevanz, viel Gemeinsames. Der Handlungs- und Präventionsansatz von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage nimmt deshalb alle Ideologien der Ungleichwertigkeit gleichermaßen in den Blick, unabhängig davon, welche Kriterien diese Ungleichwertigkeit begründen und legitimieren sollen: die soziale Herkunft, die sexuelle Orientierung, das Geschlecht oder körperliche Merkmale wie die Hautfarbe. Bei aller Unterschiedlichkeit der Erscheinungsformen ist ihnen im Kern folgendes gemeinsam: die Kategorisierung und Hierarchisierung der Menschen nach ihren tatsächlichen oder zugeschriebenen Eigenschaften, um zu legitimieren, dass manche mehr und andere weniger wert seien.

Ein systemischer Ansatz, wie ihn Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage vertritt, denkt geeignete Interventionsmaßnahmen und komplexe Interaktionen zusammen. Es reicht nicht, nur an einer der vielen Schrauben zu drehen, sondern auf allen Ebenen muss unter Einbezug aller Akteure vieldimensional agiert werden. Obwohl für jede Erscheinungsform zielgruppenspezifische Zugänge und Perspektiven notwendig sind, können weder eine Präventionsstrategie noch ein Maßnahmenbündel zielführend wirken, wenn sie sich ausschließlich mit einer der Problemlagen befassen. Es geht

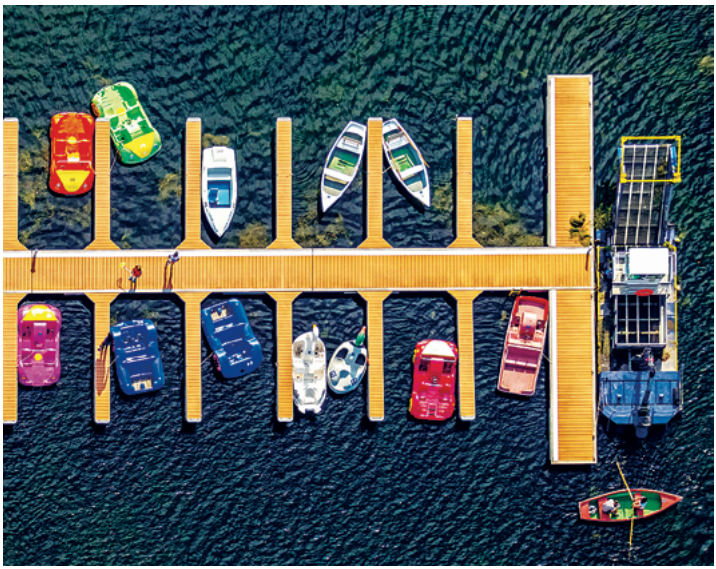
nicht um ein Entweder … oder, sondern um ein Sowohl … als auch: es braucht Seminare, die kognitives Wissen vermitteln und emotionales, soziales Empowerment zum Beispiel in der Capoeira-AG oder im Rap-Workshop.

Die gesellschaftliche und politische Praxis betrachtet in aller Regel Ideologien der Ungleichwertigkeit getrennt: in der Kriminalstatistik, bei den Zuständigkeiten der Behörden, der wissenschaftlichen Analyse, der Entwicklung von pädagogischen Gegenstrategien und nicht zuletzt auch im Zuschnitt von manchem Bundes- und Landesprogramm zur Demokratieförderung. Zusätzlich finden die Ideologien der Ungleichwertigkeit unterschiedlich wenig oder viel Beachtung: So ist die Sensibilität gegenüber dem Rechtsextremismus der Mehrheitsgesellschaft und das Wissen über ihn in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich gewachsen. Unzureichend ist bis heute allerdings das Wissen um rassistische Ideologien, den Ultranationalismen mit Wurzeln in den Herkunftsländern der Eingewanderten sowie um neuere Erscheinungsformen des Antisemitismus. Ähnliches gilt für den Islamismus und Dschihadismus und bei dem erst kürzlich in den Blick der Gesellschaft und der Pädagogik getretenen Phänomen der Muslimfeindlichkeit. Folglich fehlt es noch an entwickelten Präventionskonzepten. Um den engen Kontakt zu den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen aufrechtzuerhalten, greift die Bundeskoordination laufend neue Handlungsfelder auf und entwickelt dazu Materialien, wenn es an diesen in der Landschaft der politischen Bildungsarbeit noch fehlt. Dies sichert, dass sich der Handlungsansatz von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage stets eng an den Lebenswelten der SchülerInnen orientiert und folglich für sie glaubwürdig und attraktiv bleibt.

An den Schulen richten sich präventive Maßnahmen in der Regel gegen eine Variante von Ideologien der Ungleichwertigkeit wie den Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Homophobie. Diese übliche Vorgehensweise führt dazu, dass jeweils andere Lehrkräfte für die Themen Islamismus, Antiziganismus, Sexismus oder Antisemitismus zuständig sind. Sie werden über viele Schuljahre zu hoch spezialisierten Pädagogen in ihrem Themenfeld – kennen aber häufig nicht einmal ihre auf andere Ideologien konzentrierten Kollegen; geschweige denn, wie und woran diese konkret arbeiten und welche wertvollen Ergebnisse vorliegen. Eine derartige „Versäulung" von Antidiskriminierungsarbeit ist in hohem Maße ineffektiv. Sie verhindert notwendige Synergieeffekte und verschleudert die wertvollen Zeit- und Personalressourcen.

Manches Kollegium befürchtet, dass die Einbindung in das Courage-Netzwerk sie mit zusätzlicher Arbeit belasten könnte. Es geht bei Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage nicht darum, immer mehr Aktivitäten zu entwickeln, sondern sich einen Überblick über die laufenden Aktivitäten zu verschaffen und sie danach zu überprüfen, ob und wie weit sie dazu beitragen, das Projektziel zu erreichen. Einfache Maßnahmen, wie ein fester Tagesordnungspunkt bei Gesamtkonferenzen, können dabei helfen, die Arbeit von vereinzelt tätigen KollegInnen wahrzunehmen und das Vorhandene zusammenzufassen.

Der Titel *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* will auch dies: an der Schule ein Dach schaffen, unter dem sich entlang eines gemeinsamen Leitbildes die Einzelaktionen zu einem Gesamtbild zusammenfügen. Das Kollegium ist in der Regel positiv überrascht, wenn es erstmals wahrnimmt, welche Fülle an Projekten an ihrer Schule stattfinden, von der es bislang nichts wusste. Dies macht keine Mehrarbeit,



© Picture Alliance / ZB / euroluftbild

sondern verhindert, dass die Lehrerinnen und Lehrer isoliert nebeneinander her arbeiten und bezieht die Schülerinnen und Schüler ein.

Ziele und Grenzen der Prävention

Allgemeines Ziel von Präventionsansätzen ist, durch geeignetes Handeln ungewollte Ereignisse erst gar nicht entstehen zu lassen; sie quasi im Keime zu ersticken. Dabei geht der Präventionsgedanke davon aus, dass die meisten Faktoren, die menschliches Verhalten bestimmen, insbesondere im Kindes- und Jugendalter, veränderbar sind – etwa die Sozial- oder Problemlösungskompetenz.

In der pädagogischen Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Ideologien der Ungleichwertigkeit und besonders bei der Entwicklung erfolgreicher Gegenstrategien geht Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage davon aus, dass diesen Ideologien bei allen Unterschiedlichkeiten in der Erscheinungsebene nahezu identische Wirkungsmechanismen und Entfaltungsvoraussetzungen zu Grunde liegen. Erfolgreiche Präventionsmaßnahmen handeln zeitgleich in zwei Richtungen. Sie zielen darauf ab, der Entstehung unerwünschter Entwicklungen zuvorzukommen, um sie zu verhindern. Und sie befördern Maßnahmen, mit denen erwünschte Haltungen und Einstellungen der Zielgruppe entwickelt und gestärkt werden. Sie wirken erfolgreich, wenn sie zielgruppenspezifische Bedürfnisse berücksichtigen, die sich aus individuellen Eigenschaften wie Alter, sozialer Prägung oder Geschlecht ergeben. Sie sind nur erfolgreich, wenn sie die Ursachen und die Funktion des ungewollten Handelns für ihre Zielgruppe analysieren und in ihr Konzept einbeziehen. Sie fragen:

„Was hat der Täter davon?“ So speist sich zum Beispiel das psychologisch-emotionale Bedürfnis von Jugendlichen nach ideologischer Radikalität und Gewaltbereitschaft häufig aus existenziellen Kompensationsbedürfnissen, die erkannt und ernst genommen werden müssen.

Die Grenzen von Präventionsbemühungen werden nicht zuletzt in der Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit wie Rechtsextremismus oder Islamismus deutlich. An der Schule kann es nur um Primärprävention gehen und nicht darum, sich mit Mitgliedern militanter islamistischer Gruppen noch mit gewalttätigen, neonazistischen Kadern auseinanderzusetzen. Derart radikalisierte, militante Jugendliche und junge Erwachsene verfügen bereits über ein gefestigtes Weltbild und sind mit pädagogischen Instrumenten in der Regel nicht mehr zu erreichen. Die Grenzen der schulischen Einflussmöglichkeiten sind überschritten, Prävention ist obsolet und die Intervention anderer Akteure wie zielgruppenspezifischer Deradikalisierungs- und Aussteigerprogramme oder auch der Sicherheitsdienste ist gefragt.

Die Schule kann hier nur arbeitsteilig vorgehen und mit den außerschulischen ExpertInnen kooperieren. Wenn die Grenzen der schulischen Einflussmöglichkeiten im präventiven Bereich klar benannt sind, vermeidet dies Ohnmachtgefühle gerade bei den besonders engagierten PädagogInnen. Grenzen sind kein Zeichen der Schwäche der Schule oder gar der PädagogInnen, sondern sind als professionelle Abgrenzung zu akzeptieren. Anderenfalls werden überzogene, unrealistische Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer gestellt, die zu Enttäuschungen, Frustration und Resignation führen.

Aber auch wenn das Pendel in die andere Richtung zu weit ausschlägt und ein Kollegium in einen der Lage nicht

angemessenen Aktivismus und Alarmismus verfällt, werden Präventionsmaßnahmen schnell ihrer Effektivität beraubt. So manchem Kollegium wird erst sehr spät klar, dass nicht jeder Schüler, der sich einen Bart wachsen lässt und in Schlabberhosen herumläuft, ein gefährlicher Islamist ist und nicht jede zum Islam konvertierte Schülerin entschlossen ist, in ein Kriegsgebiet auszuwandern. Wenn MitarbeiterInnen aus Deradikalisierungsprojekten oder den Sicherheitsbehörden vorschnell in die Schule geladen werden, kann dies unnötig Staub aufwirbeln und die Sicht auf die tatsächlichen Problemlagen verbauen.

Präventionsansätze bergen grundsätzlich auch Konfliktpotenziale in sich. Zum Beispiel die negative Markierung und Stigmatisierung der Zielgruppe spezifischer präventiver Maßnahmen, die damit häufig auch in den Fokus der Öffentlichkeit gerät. Eine Logik des pauschalen Verdachts gegen potenzielle „Problemträger" wirkt in aller Regel kontraproduktiv. Ein breit gefasster Präventionsansatz, der die gemeinsamen Funktionsweisen von Ungleichheitsideologien in den Blick nimmt, kann dies vermeiden. Erfolgreiche Präventionsarbeit muss mit Kopf und Herz an Wertvorstellungen, Ideologien und den damit verbundenen Konflikten ansetzen. Auch sind Feingefühl, Wissen, kommunikative Kompetenz, Empathie sowie klare Vorstelllungen über die Ziele und Wirksamkeitsgrenzen gefragt.

Multidimensionaler Präventionsansatz

Bei der Entwicklung des Präventionsansatzes von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage gegen Gewalt und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit musste das „didaktische Rad" nicht neu erfunden werden. Langjährig bewährte Erfahrungen

© Picture Alliance / SZ Photo / Johannes Simon

aus der Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen sind der Ausgangspunkt für die Entwicklung eines multidimensionalen Präventionskonzeptes und gelingender Strategien gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit. Dabei werden Ansätze aus den vielfältigen Erfahrungen bisheriger Konzepte nicht einfach nur übernommen und nebeneinander gestellt, sondern ihre spezifischen Methoden sind Facetten eines ganzheitlichen schulischen Konzeptes, die sich sinnvoll ergänzen und mosaikartig zu einem erfolgreichen Präventionskonzept fügen.

Im Folgenden werden beispielhaft wichtige Erfahrungen aus der Gewaltprävention, sowie Ansätze zur Förderung von den zwei wichtigen Schlüsselkompetenzen – der Kommunikationskompetenz und der Interkulturellen Kompetenz – und Erfahrungen aus den beiden Handlungsfeldern Menschenrechts- und Demokratieerziehung aufgeführt.

Gewaltprävention

Der Handlungsansatz von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage geht von sozialer Anerkennung als einem existenziellen Grundbedürfnis des Menschen aus. Diese ist nicht einfach zu erlangen, sondern von Voraussetzungen abhängig. Über je mehr körperliche, geistige, materielle und soziale Ressourcen ein Individuum verfügt, umso mehr soziale Anerkennung ist ihm sicher. Wem diese Ressourcen fehlen, der versucht das Anerkennungsdefizit zu beheben, um mittels Gewalt doch noch Einfluss, Macht und Kontrolle über Andere zu gewinnen.

Der existentielle Leidensdruck, den fehlende Anerkennung und damit mangelndes Selbstwertgefühl auslöst, wirkt gewaltfördernd. Genau an dieser Stelle setzen deshalb auch wirksame Konzepte zur Gewaltprävention an.

Erfolgreiche Praxisbeispiele zielen auf die Stärkung des Selbstwertgefühls der Kinder und Jugendlichen. Positive Selbstwirksamkeitserfahrungen machen Erfolgserlebnisse möglich. Auch wenn manche diesen Ansatz diffamierend in die Schublade „Kuschelpädagogik" stecken, führt er zu den erwünschten psychosozialen Lerneffekten.

Agitatoren menschenfeindlicher Ideologien setzen gezielt auf die Ängste und Unterlegenheitsgefühle potenzieller Mitläufer, zum Beispiel bei den unterprivilegierten Verlierern des Bildungssystems. Beispielhaft beobachten wir das bei muslimisch sozialisierten männlichen Jugendlichen mit Migrationsbiografie oder auch bei jungen Männern aus bundesdeutschen Regionen, die stark von Arbeits- und Perspektivlosigkeit geprägt sind und denen oft Bildungs- und Berufserfolge und gesellschaftliche Anerkennung versagt bleibt.

Schmerzhafte Diskriminierungs- und Demütigungserfahrungen fördern das Bedürfnis nach Kompensation durch das Erfahren von Überlegenheit und damit einhergehender Anerkennung. Nationalistische und islamistische Jugendorganisationen versprechen die Befriedigung genau dieser Bedürfnisse. Sie locken mit Überlegenheitsangeboten, die eine als feindlich empfundene Welt in einfache Freund-Feind-Muster einteilt.

Kunstpädagogische Methoden, die nicht alleine auf die kognitive Auseinandersetzung mit Sachverhalten ausgerichtet sind, sondern auch den emotionalen Zugang zu ihnen einbeziehen, können Jugendlichen besonders gute Möglichkeiten bieten, ihre Gefühlslagen öffentlich zu artikulieren. Ein erster Schritt, um sie zu verändern. Hilfreich sind Rollenspiele, die Verhalten in Konfliktsituationen trainieren und einüben, Ärger, Wut und Unterlegenheitsgefühle auszusprechen und besser

mit ihnen umzugehen, um die fehlende Frustrationstoleranz aufzubauen. Aber sie können eins nicht ersetzen: eine respektvolle Atmosphäre, die erfolgreiche Selbstwirksamkeitserfahrungen zulässt und damit ein positives Selbstwertgefühl befördert.

Dazu trägt auch bei, die gewaltfreie Konfliktlösungskompetenz der PädagogInnen und der SchülerInnen zu erhöhen. Dabei kann auf bewährte Instrumente wie die Ausbildung und den Einsatz von Konfliktlotsen oder Streitschlichtern zurückgegriffen werden. MediatorInnen sind an der Schnittstelle zwischen Prävention und Intervention anzusiedeln. Gerade in der Interaktion mit der Peergroup sind sie unverzichtbar für ein gewaltfreies Schulklima und inzwischen als eine wertvolle Unterstützung im Schulalltag weit verbreitet.

Selbstwirksamkeit heißt im Verständnis des hier vertretenen Präventionsansatzes aber mehr als nur, dass Kinder und Jugendliche mal über ein Thema mitreden und in konkreten Debatten punktuell eigene Perspektiven setzen können. Eine Reflexion darüber hinterfragt nicht nur das Selbstverständnis der Teilnehmenden, sondern erarbeitet im besten Fall mit kunstpädagogischen Methoden mit den Kindern und Jugendlichen zusammen alternative Handlungsmodelle. So können sie in der Auseinandersetzung darüber, wie sie leben wollen und welche Rechte sie für sich reklamieren, Selbstwirksamkeit positiv und nachhaltig erfahren.

Interkulturelle Kompetenzen stärken

Interkulturelle Kompetenz definiert Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage als die Fähigkeit, eigene wie fremde Werte, Normen, Traditionen und Haltungen nicht als „angeborene“

© Picture Alliance / ZB / Patrick Pleul

Wesensmerkmale einer Gruppe zu sehen, sondern die historischen Hintergründe ihres „So-Geworden-Seins“ zu erkennen. So betrachtet wird die eigene Position, Haltung, Norm richtigerweise lediglich als eine mögliche betrachtet; neben anderen, denen, in entsprechende Kontexte eingebunden, ihre Legitimation ebenfalls nicht abgesprochen werden kann.

Geht es um die heterogene Einwanderungsgesellschaft – den „Fremden“ und den „Anderen“ – fällt häufig sehr bald der Begriff „interkulturelle Kompetenz“ oder „interkulturelle Pädagogik“. Was darunter zu verstehen ist, divergiert allerdings stark; einen sicheren, eindeutigen Umgang mit den Begriffen gibt es nicht. Zum Teil liegt das daran, dass der Begriff „Kultur“ längst so inflationär verwendet wird, dass er konturlos und verschwommen ist. Tatsächlich sind Kulturen nicht als in sich geschlossene, statische Systeme zu betrachten, sondern als Klammern für Bündel von Werteordnungen und Traditionen in allen Lebensbereichen – wie politische Überzeugungen, Familienideale, Geschlechterrollen, Kunstformen, religiöse und weltanschauliche Orientierungen innerhalb bestimmter historischer Kontexte.

Die Schule ist der Ort, an dem Kinder und Jugendliche täglich mit den Herausforderungen einer heterogenen Gesellschaft konfrontiert sind. Keine einfache Sache: Der Umgang mit verschiedenen Lebensentwürfen, Religionen und Weltanschauungen fordert alle heraus. Es kommt sehr darauf an, ein Verständnis für die Hintergründe sozialer, politischer, religiöser und weltanschaulicher Bezugssysteme und Orientierungen des „Anderen“ zu entwickeln – eine wesentliche Voraussetzung für Offenheit, gegenseitigen Respekt, aber auch für die Abwehr von menschenverachtenden Ideologien. Dies ist keineswegs als Plädoyer für einen Werterelativismus zu

verstehen. Vielmehr geht es darum, handfeste Fähigkeiten zu entwickeln: die Heterogenität von Haltungen und Werten muss ausgehalten und eigene Positionen müssen begründet werden. Es muss gelernt werden, in unterschiedlichen Handlungsmustern universell-menschliche Bedürfnisse und gemeinsame Absichten zu erkennen. Die Motivation verschiedener Individuen unterschiedliche Handlungsmuster zu favorisieren, ist den unterschiedlichen Kontexten angepasst. Ihre universellen Bedürfnisse, die sie befriedigen wollen, sind ihnen gleichermaßen eigen. Diese Sicht führt dazu, die eigenen Haltungen als relativierbar zu erkennen, ohne alle Wertmaßstäbe aus der Hand zu legen.

Die Kultusministerkonferenz schreibt dazu: „Interkulturelle Kompetenz, deren Erwerb eine Kernkompetenz für das verantwortungsvolle Handeln in einer pluralen, global vernetzten Gesellschaft ist, bedeutet aber nicht nur die Auseinandersetzung mit anderen Sprachen und Kulturen, sondern vor allem die Fähigkeit, sich selbstreflexiv mit den eigenen Bildern von Anderen auseinander und dazu in Bezug zu setzen sowie gesellschaftliche Rahmenbedingungen für die Entstehung solcher Bilder zu kennen und zu reflektieren."[3]

Fehlinterpretationen interkultureller Kompetenz halten sich an Schulen hartnäckig; beispielsweise in einer Vielzahl gut gemeinter, aber ihre Ziele verfehlende Projekte und Methoden. So manches Mal geht es um „Toleranz gegenüber Fremden"; in dieser simplen Form führt das allerdings oft geradewegs hinein in eine „anything goes-Haltung", die zu einem Werterelativismus führt. Zum Beispiel können dann ideologisch geschulte Jugendliche aus ultraorthodoxen, fundamentalistischen Gruppen für ihre Ansichten eine Plattform erhalten und offen menschenverachtende Aussagen machen, ohne dass die

PädagogInnen intervenieren. Von einem festen eigenen Standpunkt aus ermöglicht interkulturelle Kompetenz jedoch, die möglichen Motivlagen des Sprechers zu verstehen und damit der Aussage erfolgreich zu begegnen.

Kommunikationskompetenz fördern

Erfolgreiche Prävention und politische Bildungsarbeit erfordert Kommunikationsbereitschaft, -fähigkeit und -möglichkeiten. Ein zentrales Ziel von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ist deshalb, den Lernort Schule so zu stärken, dass er zu einem geschützten Ort wird, an dem sich Kinder und Jugendliche, begleitet von kompetenten Erwachsenen, angstfrei und offen mit allen Themen auseinandersetzen können, die sie bewegen. Die Erhöhung der Kommunikationskompetenz aller Schulmitglieder ist ein wesentliches Anliegen. Es ist deshalb nur konsequent, dass sich Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage für die Förderung der Mehrsprachigkeit für alle SchülerInnen einsetzt. Hierzu gehören auch der Einbezug nichtdeutscher Erstsprachen und die Vermittlung von Deutsch als Zweitsprache. Gleichzeitig sind nonverbale Kommunikationswege auszubauen.

Plattformen der Verständigung darüber müssen geschaffen werden, welche Werte die SchülerInnen teilen und welche menschenfeindlichen Einflüsse sie ablehnen, damit Prävention gelingen kann. Wichtig ist, ihrer Stimme Raum zu geben. Sind derartige Plattformen erst einmal installiert, ist auch damit zu rechnen, dass problematische Positionen offen geäußert werden. Werden diese daraufhin mit negativen Sanktionen bedacht, werden Vorurteile auch schnell wieder zurückgehalten. Dann aber entziehen sie sich der gemeinsamen

© Picture Alliance / DesignPics

Reflexion und damit auch der Bearbeitung und Veränderung. Mit offen ausgesprochenen Positionen umzugehen, die auf fundamentalistischen Weltbildern, patriarchalen Traditionen oder frauenfeindlichen Argumentationsmustern beruhen, ist für PädagogInnen eine große Herausforderung. Organisationsformen wie Open Space-Verfahren bieten nicht nur den SchülerInnen, sondern auch den PädagogInnen einen guten Rahmen für eine selbstbestimmte Themenwahl und einen offenen Meinungsaustausch.

Im Rahmen der Kommunikationskompetenz spielt die Medienkompetenz eine immer größere Rolle. Fördert man die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen, stärkt man zwangsläufig die gewünschten Foren für die Auseinandersetzung mit den strittigen Themen. Die enge Verbindung zwischen den Themen der Prävention von Gewalt und menschenfeindlichen Ideologien und Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Kommunikationskompetenz von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund kann über eine Vielzahl von Medien, wie eigenen Texten, Artikeln, Fotos, Videos, Rap-Songs, Plakatmotiven oder Theaterstücken geschehen.

Medienkompetenz ist laut Beschluss der KMK zu „Medienbildung in der Schule" aus dem Jahr 2012 zu verstehen als „ … dauerhafter pädagogisch strukturierter und begleiteter Prozess der konstruktiven und kritischen Auseinandersetzung mit der Medienwelt. Sie zielt auf den Erwerb und die fortlaufende Erweiterung von Medienkompetenz; also jener Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die ein sachgerechtes, selbstbestimmtes, kreatives und sozial verantwortliches Handeln in der medial geprägten Lebenswelt ermöglichen."[4] Viele Kooperationspartner von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, die mit kunstpädagogischen Methoden arbeiten

– aber auch die PatInnen – können hier wichtige Impulse in die Schulen bringen.

Demokratie- und Menschenrechtsbildung

Demokratisches Handeln, Zivilcourage, an den Menschenrechten orientierte Werthaltungen und eine solidarische Streitkultur müssen erlernt werden. Demokratieerziehung bedeutet, im Kontext von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage auf der Basis der Menschenrechte bei Kindern und Jugendlichen gemeinsame Werte und individuelle Haltungen zu fördern, die zur Stärkung ihrer Partizipationskompetenz und Verantwortungsbereitschaft, sowie zur Akzeptanz weltanschaulicher Pluralität und Anerkennung von Minderheiten führen. Die Auseinandersetzung mit divergierenden Weltbildern muss aus menschenrechtlicher Perspektive erfolgen. Sie darf sich nicht auf die Vermittlung von Wissen beschränken, betont die KMK, „sondern muss emotionale und handelnde Komponenten einbeziehen."[5] Ein nachhaltiger Präventionsansatz schlägt sich in institutionellen Strukturen, gelebten Kinderrechten und erfahrener Mitbestimmung nieder. Kinder und Jugendliche lernen in schulinternen Gremien anhand konkreter Konflikte, ihre Rechte zu vertreten und die anderer zu respektieren. Ein offenes Debattenklima ermöglicht ihnen positive Erfahrungen von Selbstwirksamkeit. Es stärkt ihr Selbstwertgefühl und befähigt sie in Auseinandersetzungen, den Menschenrechten verpflichtete, demokratische Positionen zu vertreten. Aus selbstbewussten Schülerinnen und Schülern werden verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger. Sie mischen sich in Politik und Gesellschaft ein und stellen sicher, dass alle Menschen in Würde leben könen.

[1] Empfehlung der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Förderung der Menschenrechtserziehung in der Schule, Beschluss der KMK in der Fassung vom 14.12.2000, S.4

[2] Sandra Reitz; Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Partizipation. Was aus menschenrechtlicher Sicht im Bildungsbereich getan werden muss. Policy Paper Deutsches Institut für Menschenrechte 2015, S.3; zur UN-Kinderrechtskonvention siehe BMFSFJ (Hrsg.), Übereinkommen über die Rechte des Kindes. UN-Kinderrechtskonvention im Wortlaut mit Materialien, 5. Aufl. Berlin 2014

[3] Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule. Beschluss der KMK in der Fassung vom 05.12.2013, S.2

[4] Medienbildung in der Schule. Beschluss der KMK vom 08.03.2012, S.3

[5] Empfehlung der KMK zur Förderung der Menschenrechtserziehung in der Schule, Beschluss der KMK in der Fassung vom 14.12.2000, S.6

Gefördert vom

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!